

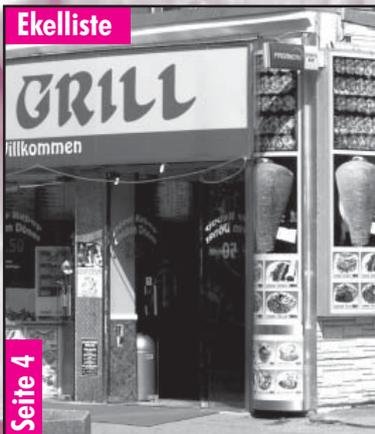


Europapolitik



Seite 3

Ekelliste



Seite 4

Wohnen



Seite 6

Aus BVV und Ausschüssen

Schwere Entscheidung ohne Gewinner



Lässt sich der Bedarf an Grundschulplätzen im Süden des Ortsteils Prenzlauer Berg nur dadurch decken, dass ein Jugendkulturstandort zerstört wird? Diese Frage beherrschte eigentlich die gesamte Tagung der BVV Pankow am 1. April.

Seit fast zwei Jahren beschäftigt uns, dass in den kommenden Jahren absehbar mehr Kinder einen Platz in einer Grundschule brauchen, als der Bezirk unter Nutzung der vorhandenen Strukturen anbieten kann. Was tun? Ein Neubau ist im dicht bebauten Areal um den Helmholtzplatz – auch aus Kostengründen – nicht möglich. Also musste alles auf den Tisch, was das Bezirksamt an eigenen Gebäuden zur Verfügung hat.

Von Anfang an stand der Eliashof in der Senefelder Straße, ein ehemaliger Schulstandort mit erfolgreicher kultureller Nachnutzung, im Fokus der Betrachtung.

In der Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) musste nun eine Entscheidung fallen: Das Bezirksamt schlug nach einem schwierigen Prüfungsprozess vor, am Eliashof eine kleinere Grundschule aufzubauen, wodurch zwar die Musikschule weiter arbeiten kann, die



Jugend-Kultureinrichtungen aber verdrängt werden. Als Schnellschuss erweist sich, dass eine Mehrheit der BVV in einem weiteren Beschluss das Kulturhausareal im Thälmannpark als neuen Standort für die Initiativen des Eliashofes benannt hat. Nicht nur diejenigen, die jetzt dort aktiv sind, formulierten am Rande der BVV ihren Protest und ihre Befürchtung, dass Kultur durch Kultur ausgespielt werde.

Kein Wunder, dass in der Debatte nun die Stunde der Populisten schlug: Die CDU brachte es fertig, mehr Platz für eine noch größere Grundschule am Eliashof – also noch mehr Verdrängung von Kultur – zu fordern und im gleichen Atemzug die Verteidigung der Kultur für sich zu reklamieren. Unglücklich agierten Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD, denen es schwer fiel, zu

erklären, dass man mit dieser Weichenstellung niemandem weh tut.

Leider wird es aber nicht ohne erhebliche Blessuren ablaufen und so ist auch nach der mehrheitlichen Beschlussfassung niemand der Gewinner dieser Entwicklung.

Was nicht unerwähnt bleiben soll: Die drei Antragsinitiativen der Linksfraktion beschäftigen sich mit der Einschränkung der Vermietung von bezirklichen Räumen an Rechte, der Fortführung des Projektes Gemeinschaftsschule und der Einführung sparsamer und ökologisch verträglicherer Beleuchtungssysteme für die Straßen Berlins. Auch eine Große Anfrage über die schärferen Vorgaben für Wohnungen von ALG-II-Beziehende wird auf der Fortsetzungssitzung behandelt.

Matthias Zarbock
Bezirksverordneter

Schule statt Kultur

Wegen der steigenden Schülerzahlen im Prenzlauer Berg haben wir im Februar über die Probleme bei der Sicherung der Schülerplätze für die kommenden ersten Klassen berichtet. In der Zwischenzeit haben die Fachbereiche der Bezirksverwaltung die Lage überprüft und verschiedene Varianten vorgelegt.

Die Ausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) für Finanzen, Schule und Sport, Kultur und Bildung haben am 26. März darüber beraten und sich für die Umwidmung des Eliashofes ausgesprochen.

Der Eliashof soll nach erforderlichen Umbauten in eine zweizügige Grundschule und in eine Musikschule umgewandelt werden. Für die Alternative, den Umbau und ei-

nen Schulbau an der Grundschule am Planetarium wären ca. acht bis zehn Millionen Euro erforderlich. Am 1. April 2009 beriet die BVV unter Teilnahme von vielen Gästen, insbesondere Eltern, deren Kinder die Musikschule besuchen, die verschiedenen Varianten. Sie hatten ein besonderes Interesse an den Lösungsvorschlägen für die Musikschule. Ein Ergebnis hierzu liegt bisher nicht vor. Nach langer, auch konträrer Diskussion, wurde der folgende Beschluss gefasst.

Erstens: Das Kinder- und Jugendkulturzentrum „Eliashof“, Senefelderstraße 6, wird mit der Zielsetzung ab dem Schuljahr 2010/2011 in eine zweizügige Grundschule und eine integrierte Musikschule entwickelt. Zweitens: Das Bezirksamt entwickelt zusammen mit den Kulturträ-

gern ein Konzept zur Verlagerung der Jugendkulturangebote des Eliashofes in andere geeignete Objekte im Bezirk.

Drittens: Für die Umsetzung der Beschlusspunkte 1 und 2 sind sämtliche haushaltsmäßigen Auswirkungen auf die Kostenleistungsrechnung zu ermitteln.

Alle Fraktionen waren sich darin einig, dass diese Varianten kaum zukünftigen Ansprüchen gerecht wird. Es ist ein Provisorium.

Mir erscheint die durchgeführte Prüfung durch die Bezirksverwaltung von vornherein auf die Variante Eliashof festgelegt. Die Einbeziehung anderer Schulen im Bereich Helmholtz-Platz, auch Gymnasien, hätte deutlich mehr Lösungsvorschläge ergeben.

Klaus Flemming

Von Berlin nach Brüssel

extraDrei sprach mit Martina Michels, europapolitische Sprecherin der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und kandidiert auf Platz 9 für die LINKE zur Wahl des Europäischen Parlaments.

Martina, DIE LINKE hat Nein zum EU-Reformvertrag, zum sogenannten Lissabon-Vertrag, gesagt. Warum?

Weil wir schlechten Verträgen nicht zustimmen können. Dieser Vertrag verspielt die Chancen für die Zukunftsfähigkeit der EU. Statt einem deutlichen Signal zur Abrüstung werden die EU-Staaten verpflichtet, ihre militärischen Fähigkeiten zu „verbessern“. Die EU liegt schon jetzt bei den weltweiten Rüstungsexporten auf dem zweiten Platz hinter den USA. DIE LINKE will eine friedliche Europäische Union, die das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen, insbesondere das Gewaltverbot, konsequent achtet und verteidigt.

Der Vertrag setzt einseitig auf marktradikalen Wettbewerb und Deregulierung. Die gegenwärtige schwere Wirtschaftskrise offenbart ja gerade die Wirkungen des freien Spiels der Kapitalkräfte. Wir fordern eine soziale Ausrichtung, zum Beispiel durch eine Sozialstaatsklausel im Vertrag.

Wir bleiben dabei: Europa braucht ein Verfassungswerk, über das alle Bürgerinnen und Bürger in der Union abstimmen können.

Medien und andere Parteien werfen der LINKEN vor, europafeindlich zu sein. Richtig oder falsch?

Die LINKE will eine andere EU, ein zukunftsfähigeres Europa, das die Herausforderungen annimmt und nicht in alten Denkmustern verharrt. Wir sind in diesem Sinne europakritisch, aber nicht europafeindlich.

Nachgehakt: In der LINKEN wird die Europäische Union (EU) gerne auf einen militärischen Block mit neoliberalen Wirtschaftsstrategien reduziert. Was meinst Du?

Die EU ist sehr viel mehr als der Vertrag von Lissabon und zu vielschichtig, um sie auf diese beiden

Formeln zu reduzieren. Fast 500 Millionen Menschen leben heute in 27 Mitgliedsländern und 274 Regionen der Europäischen Union. Darin steckt ein enormes Entwicklungspotenzial für wissenschaftliche und wirtschaftliche Kooperation, fairen Handel oder zur Nutzung der kulturellen und ethnischen Vielfalt. Durch die EU werden riesige finanzielle Mittel zur Beseitigung der Strukturdefizite bereitgestellt. Dem Land Berlin stehen zum Beispiel für 2007 bis 2013 ca. 1,2 Milliarden Euro aus den Strukturfonds zur Verfügung, die für den wirtschaftlichen Aufschwung, ökologische Projekte und zur Armutsbekämpfung genutzt werden können. Da lohnt es, sich einzumischen.



Was ist die politische Antwort auf die derzeitige EU-Politik? Rückkehr zum Nationalstaat oder wie und womit willst Du Europa verändern?

Wir setzen auf solidarisches europäisches Handeln unter mehr demokratischer Kontrolle der Parlamente sowie stärkerer Bürgerbeteiligung.

Der Europaparteitag der LINKEN in Essen hat bei der Parteibasis in Bezug auf das Wahlprogramm und Kandidatenaufstellung für einige Irritationen gesorgt. Bekannte Genossinnen aus der ehemaligen PDS wurden beispielsweise nicht wieder aufgestellt. Wie siehst Du die Ergebnisse des Parteitages?

Das wichtigste Ergebnis ist für mich

die proeuropäische Ausrichtung in unseren Wahlaussagen. Die Kandidatenaufstellung ist aus meiner Sicht – wenn man so will – ein relativ genaues Abbild unserer neuen Partei.

Und was zieht Dich nach so vielen Jahren als Berliner Abgeordnete persönlich nach Brüssel? Reizt Dich das Menneken Pis mehr als beispielsweise der Kampf um die Wiedereröffnung des SEZ?

Menneken Pis und Berliner Bär geben doch ein gutes Paar ab...!

Was kannst Du als Europaabgeordnete insbesondere für Berlin tun?

Und, auf welchem Gebieten würdest Du Deine Kompetenzen am liebsten einbringen?

Ich vertrete bereits seit einigen Jahren im „Ausschuss der Regionen“ in Brüssel Berliner Landesinteressen. Von daher weiß ich um die Verflechtung von EU-Politik mit Landespolitik. So habe ich für ein Berliner Vergabegesetz gekämpft, mit dem öffentliche Aufträge nur an tariftreue Unternehmen vergeben werden dürfen. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshof darf diese Tariftreue jedoch nur der Bund durchsetzen und nicht Berlin. Der Bund jedoch hat diese soziale Regelung abgelehnt.

Ich will also nicht „abgehoben“ in Brüssel sitzen, sondern eine verbesserte Kooperation der politischen Akteure aufbauen. Europäische Regional- und Strukturpolitik wäre eine wichtige Aufgabe für mich.

Nenne drei Gründe, warum Berlinerinnen und Berliner am 7. Juni 2009 zur Europawahl gehen und eine starke linke Fraktion ins Europäische Parlament schicken sollen?

Nur mit der LINKEN wird es einen Wechsel in Europa geben und kein „Weiter so“. DIE LINKE hat Alternativen für ein soziales, demokratisches, friedliches und ökologisches Europa. Sie agiert in der Europäischen Linkspartei gemeinsam mit 30 anderen Parteien aus 23 EU-Staaten.

Interview:

Sandra Brunner, Renate Tepper

Guten Appetit

Pankower Ekel-Liste



Berlin hat seit Wochen ein Aufreger-Thema: die Pankower „Ekel-Liste“. Verbraucherschützer sind begeistert, Gastronomen sprechen von Rufmord. Einige Gastronomen reagierten prompt auf die Kritik und brachten ihre Küchen auf Vordermann. Inzwischen sind sie runter von dieser Liste, auf der keiner stehen will. extraDrei sprach mit der für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz zuständigen Senatorin Katrin Lompscher (DIE LINKE).

Pankow hat mit der Negativliste richtig Welle gemacht. Die Berliner fänden eine Liste für die ganze Stadt gut. Sie auch?

Natürlich, wir haben das Projekt schließlich mit initiiert. Die große öffentliche Resonanz zeigt doch, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher auch auf diesem Gebiet mehr wissen wollen. Fast 40.000 Zugriffe auf die Liste im Internet gab es am Tag der Veröffentlichung. Das hat selbst den Bezirk überrascht.

Wie viel Zeit braucht es, um das für alle Bezirke durchzusetzen?

Das Pilotprojekt in Pankow wird ein Jahr laufen, aber schon jetzt haben andere Bezirke auch Interesse signalisiert. Ich finde das gut. Je mehr Erfahrungen gesammelt werden, desto besser können frühzeitig mögliche Ungereimtheiten und „Kinderkrankheiten“ abgestellt werden.

Die Mitarbeiter der Veterinär- und Lebensmittelaufsicht können nur Stichproben machen. „Schwarze Schafe“ der Branche können also nach wie vor durch die Maschen der schmutzigen Siebe schlüpfen.

Ist das gerecht?

Staatliche Kontrolle kann nie flächendeckend sein. So missachten leider jährlich Tausende von Menschen die Verkehrsregeln. Ich habe trotzdem noch nie eine Forderung gehört, dass an jeder Ampel und an jeder Straße ein Verkehrspolizist stehen sollte. Jeder Verkehrsteilnehmer und jede Verkehrsteilnehmerin ist für die Einhaltung der Straßenverkehrsordnung selbst verantwortlich. Und genauso muss jede und jeder, der Lebensmittel produziert oder mit ihnen Umgang hat dafür sorgen, dass die hier geltenden Ge-

setze auch eingehalten werden. Der Staat ist doch nicht für die Sauberkeit oder den Dreck in den Küchen zuständig, sondern die Gaststätten- bzw. Ladeninhaber selbst sind gesetzlich verpflichtet.

Sind die Maßstäbe bei der Prüfung einheitlich? Gelten für die Wurstbude an der Ecke und das Gourmetrestaurant gleiche Kriterien?

Selbstverständlich. Wer mit Lebensmitteln umgeht, muss die Hygienebestimmungen einhalten, egal wo. Aber niemand kommt sofort auf die Liste. Alle erhalten zunächst die Möglichkeit, Mängel zu beseitigen. Auf der Liste sind nach Angaben von Pankow nur jene, die trotz mehrfacher Kontrollen und Ermahnungen die Mängel nicht abgestellt haben.

Gehen Sie selbst ohne Bedenken in ein Restaurant?

Ja, ich habe so meine zwei, drei Lieblingsrestaurants. Aber hin und wieder probiere ich auch was Neues aus, dann würde auch ich mich gerne vorher orientieren.

Interview: Gisela Blank

Gesundes Essen



In Pankow laufen zum 31.07.2009 die Verträge für Schulessen an den fast 40 Grund- und Sonderschulen aus. Die Neuausschreibung steht an. Die schulische Mitbestimmung bei der Auswahl der Essensanbieter konnte durch einen Beschluss des Bezirkseleiternausschusses (BEA) und den darauf erfolgten Antrag der

LINKEN und der SPD in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) gewährleistet werden.

Trotz Wirtschaftskrise ist den Eltern die Qualität des Essens vor dem Hintergrund explodierender Gesundheitskosten wichtig. Für das Bezirksamt ist dies bei der Neuausschreibung in Zeiten von Haushaltssperre und dem damit verbundenem Sparzwang kein leichtes Unterfangen. Es gilt, die Anforderungen an das Schulessen, wie die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, in Auftrag gegeben durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, zu berücksichtigen. Dem finanziellen Mangel möchten Eltern Ideen und Mitverantwortung entgegenseetzen. Weg vom Denken, das billigste sei das wirtschaftlichste Angebot, wird nun ein preislicher

Rahmen festgelegt, innerhalb dessen allein die Qualität entscheidet. Angesichts zunehmender Industrialisierung der Herstellung von Lebensmitteln wollen Eltern Aspekte berücksichtigt wissen wie saisonal, regional, gentechnikfrei, Vitaminreichtum durch kurze Standzeiten, Bioanteil und CO₂-Reduktion.

Die Eltern erhoffen sich von Anbietern auch freiwillige Angaben, wie sie den Bildungsauftrag der Schulen und damit den Ernährungsunterricht in der täglichen Praxis unterstützen wollen. Es gibt immer mehr Schulen, in denen Schüler in Essenskommissionen über das Mensaangebot mitbestimmen. Hier können sie orientiert an Programmen wie zum Beispiel „OptimiX“ oder „Schule plus Essen“ lernen, sich gesund zu ernähren.

Erika Takano-Forck
Elterninitiative Schulessen

Vorgestellt: Kandidaten für den Bundestag

Links real

Im Wahlkreis 84 kandidiert Halina Wawzyniak für die LINKE zum 17. Deutschen Bundestag. Zum diesem Wahlkreis gehören die Bezirke Friedrichshain, Kreuzberg und der östliche Teil von Prenzlauer Berg.

Halina ist 35 Jahre alt und stellvertretende Parteivorsitzende der LINKEN. Sie hat die Vereinigung von WASG und der Linkspartei.PDS. wesentlich mitgestaltet. Halina erzählt, was sie im Bundestag tun möchte:

Mit 16 Jahren wurde ich Mitglied unserer Partei. In verschiedenen Funktionen konnte ich Erfahrungen in der Arbeit mit den Bürgern gewinnen. Ich bin Juristin und kenne insbesondere aus meinen Sprechstunden die Probleme, die die Bürgerinnen und Bürger im Wahlkreis 84 mit Hartz IV haben. Es ist meine Überzeugung, dass ich auf dem Gebiet der Rechtspolitik einen Beitrag im Bundestag leisten kann, um mehr soziale

Gerechtigkeit in diesem Land zu ermöglichen. Außerdem will ich die Bürgerinnen und Bürger davor schützen, dass sie durch immer neue Sicherheitsgesetze zum Objekt staatlichen Handelns werden. Das kann ich nur mit der Partei DIE LINKE.

Sie steht für gesetzliche Mindestlöhne, für eine bedarfsorientierte Grundsicherung, für eine solidarische und gerechte Rente.

DIE LINKE steht für Bürgerrechte und konsequenten Antifaschismus. Gerade im Wahlkreis 84 ist dies dringend erforderlich, wie die Auseinandersetzungen um den Thor-Steinar-Laden, dessen Kleidungsstücke von Neonazis bevorzugt getragen werden, gerade wieder gezeigt haben.

Die Grünen und die SPD haben die Hartz IV-Gesetze eingeführt. Hans-Christian Ströbele von Bündnis 90 /DIE GRÜNEN, mein direkter Kontrahent, hat das unter Rot-Grün eingeführte und nur

durch das Bundesverfassungsgericht gestoppte Luftsicherheitsgesetz, mit welchem der Abschuss von Passagierflugzeugen ermöglicht werden sollte, sogar begründet.

Aber noch etwas anderes ist wichtig: Als Frau bin ich überzeugt, dass ich mit der LINKEN am überzeugendsten gegen patriarchale Politik eintreten kann, wie auch die Debatte um die Spätabtreibung gezeigt hat.

Bei dieser Bundestagswahl geht es darum, eine starke LINKE als Oppositionspartei zu wählen. Damit wirken wir auf die Regierungsparteien ein.

Es geht nämlich bei der Frage regieren oder nicht regieren nicht um etwas abstraktes, sondern um die konkrete Frage: Können wir als LINKE, die von uns vertretenem Inhalte über diesen Weg schneller verwirklichen und umfassender zur Realität werden lassen.

Halina Wawzyniak



Zeichen setzen

Stefan Liebich, Bundestagskandidat der LINKEN für den Wahlkreis 77 Berlin-Pankow sagt, was ihn aktuell bewegt:

Auf Initiative unseres Genossen Stefan Erzberger konnte am 30. Januar durch Kulturstadtrat Dr. Michail Nelken (DIE LINKE) in der Wilhelmsruher Fontanestraße eine Gedenktafel, die an das Leid der Zwangsarbeiter der Bergmannwerke erinnert, enthüllt werden.

Während des Nationalsozialismus wurden über 2.250 Kriegsgefangene und Militärinternierte gezwungen, in der Rüstungsproduktion der Bergmann-Elctrizitätswerke zu arbeiten, darunter auch Frauen und Kinder.

Durch einen Bombenangriff im Jahr 1944, aber auch durch die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen kamen viele von ihnen zu Tode. Ich fand es sehr be-



Gedenktafel Fontanestraße

wegend, bei dieser Veranstaltung den Worten der Witwe eines ehemaligen Zwangsarbeiters zuzuhören.

Umso erschreckender ist es, dass der Pankower Kreisverband der

CDU sein ehemaliges Mitglied Bernhard Lasinski wieder aufgenommen hat. Und das, obwohl er 2006 auf einer NPD-Demonstration Seite an Seite mit einschlägig Vorbestraften der Neonazi-Szene gegen den Bau der Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde in Heinersdorf demonstrierte.

Er kam seinerzeit einem Parteiausschluss zuvor und ging selbst. Zurück kam er bereits Ende 2007. Durch seine Wahl zum Beisitzenden des Vorstandes in seinem Ortsverband Pankow-Nord wurde seine erneute Mitgliedschaft nun öffentlich.

Aber auch die NPD ist weiterhin aktiv. So hat sie für den 1. Mai unter dem Motto „Kampf und Arbeit unentwegt“ einen Aufmarsch in Köpenick geplant. An diesem und an allen anderen Tagen müssen wir dagegen protestieren.

Stefan Liebich



Wohnen und Nachbarschaft

Wohnungspolitisches Alibi

Die Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus wollte sozial schwachen Mietern direkt helfen, statt Wohnungsbauunternehmen zu subventionieren. Trotzdem hat sie Mitte März dem Senatsvorschlag zur Subventionierung von Mieten in 6.200 Sozialwohnungen zugestimmt. Das kommentiert Andrej Holm, Sozialwissenschaftler und Lehrbeauftragter an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Der Wohnungsmarktbericht beschreibt es, Wohnungssuchende spüren es und Demonstrationen kritisieren es: die steigenden Mieten in Berlin. Insbesondere die Sozialstudien in den Sanierungsgebieten in Kreuzberg und Prenzlauer Berg bestätigten, was Wohnungssuchende seit langem wissen. Insbesondere in den Altbaugebieten der Innenstadtbezirke sind die Mieten deutlich angestiegen. Mehr als 40 Prozent des monatlichen Nettoeinkommens für die Wohnkosten aufzubringen, ist leider keine Seltenheit mehr. Kein Wunder also, dass Mieterorganisationen und Nachbarschaftsinitiativen zu Protesten aufrufen und eine neue Wohnungspolitik fordern.

Wo sich Protest regt, sind Reaktionen der politischen Parteien nicht fern. Der grüne Bürgermeister Franz

Schulz (Friedrichshain-Kreuzberg) hat sich als erster zu Wort gemeldet und will mit einer Bundesratsinitiative zu einer Mietrechtsreform die Mietsteigerungen in Kreuzberg verhindern. Klingt gut, hat aber den Haken, dass selbst seine Bundespartei dieser Idee gegenüber nicht besonders aufgeschlossen ist.

Auch die SPD wollte die Mieterinnen und Mieter der Stadt retten und versprach für knapp 50.000 Sozialwohnungsbestände durch eine Nachschussförderung die jährliche Mieterhöhung um 13 Cent pro Quadratmeter zu kappen. Dieses Vorhaben scheiterte schon an der Intervention des Finanzsenators, so dass die so genannte Kappungsgrenze letztlich für nur 6.200 Wohnungen gilt.

Auch das wirkt auf den ersten Blick ganz vernünftig, ist es aber nicht. Denn bis heute liegen keine Zahlen vor, ob die tatsächliche Mietentwicklung in diesen Beständen überhaupt die Kappungsgrenze von 5,35 Euro je Quadratmeter erreicht. In vielen Sozialwohnungsbeständen liegen die Mieten deutlich darunter. Von der angeblichen Kappung bliebe dann nur ein Geschenk für Vermieter von 2,5 Millionen Euro übrig. Soziale Wohnungspolitik sollte



irgendwie anders sein.

Auch die Linksfraktion hat inzwischen ein wohnungspolitisches Konzept vorgelegt und Ziele einer sozialen Stadtentwicklung formuliert. Für eine andere Wohnungspolitik fehlen aber auch dort noch die konkreten Vorschläge und Programme. Mieterinnen und Mieter sind also weiterhin gut beraten, sich selbst zu organisieren und eigene Forderungen zu formulieren. Denn auf Dauer werden es sich die Parteien nicht leisten können, bei Alibi-politiken stehen zu bleiben.

Andrej Holm

Zwischen Timurhilfe und Subbotnik



Nach einem breit gestreuten Auftritt vor allem unter Neumitgliedern hat sich am Anfang April die Aktionsgruppe „Linke. Bürgerhilfe. Pankow“ gegründet.

Ausgangspunkt war die Frage, wie wir uns als Mitgliederpartei stärker in den Alltag der Leute hinein begeben können. Wo finden wir Anknüpfungspunkte, wie können wir unser Profil als Partei gelebter Solidarität verstärken?

Es gibt viel gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Arbeit, die aus Mangel an Geld und Ressourcen nicht getan wird.

Hier können wir handgreiflich werden. Und dies soll der Kernansatz dieser neuen Gruppe der Linken in Pankow sein.

So wollen wir zum Beispiel Bürgerinitiativen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Gemeinden, Kulturinitiativen, Seniorengruppen zu konkreten Anlässen unter die Arme greifen, Feste mit organisieren, dem Jugendclub einen neuen Anstrich verleihen, den Spielplatz mit neuem Sand befüllen, beim Seniorenausflug mithelfen, die Skaterstrecke mitbauen.

Neue Begegnungen, neue Sympathien, sichtbare Zeichen gelebter Solidarität sind der Lohn und geben der LINKEN ein konkretes, hilfreiches Gesicht.

12 Genossinnen und Genossen wollten auf Antrieb dabei sein, es gibt erste Aktionsideen. Und es gilt nun gemeinsam herumzuhö-

ren, wo Hilfe gebraucht wird, das Angebot bekannt zu machen und gemeinsam zu entscheiden, welche Projekte tatkräftig unterstützt werden sollen.

Die Gruppe ist offen für weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter und will sich zunächst nicht als Parteigruppe konstituieren. Jeden letzten Freitag im Monat ist ein offener Stammtisch geplant, der nächste am 29. Mai ab 19 Uhr im Restaurant Walden in der Choriner Straße.

Jedes Mitglied kann uns mit Hinweisen dazu, wo Not an tatkräftigen Helferinnen und Helfern ist, unterstützen.

Sören Benn
Bezirksvorsitzender

Pankow wird angezählt

Wegen angeblich zu hoher Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung (HzE) – die kommunalen Leistungen für Familien mit Kindern – hat der scheidende Finanzsenator Sarrazin (SPD) Pankow angezählt. Die Bezirksstadträtin für Jugend und Immobilien, Christine Keil (DIE LINKE) ist sauer deswegen:

Christine platzt heraus: „Besserer Kinderschutz ist politisches Ziel, dann muss er auch finanziert werden. Vielleicht schafft Herr Sarrazin ja vor seinem Wechsel zur Bundesbank noch ein Praktikum im Jugendamt.“

Ingesamt haben die Berliner Bezirke 2008 rund 44 Millionen Euro mehr für Hilfen zur Erziehung ausgegeben als im Haushalt eingeplant waren. Gegenüber dem Vorjahr sind das 31 Millionen Euro mehr. Das Land will nur 75 Prozent der Kosten tragen, den Rest sollen die Bezirke schultern.

Die steigenden Kosten haben verschiedene Ursachen, so Keil. Aber sicher ist, dass die frühzeitige Hilfeintervention im Zusammenhang mit dem politisch gewollten besseren Kinderschutz dazu beigetragen hat.

Zudem steigt in Pankow die Zahl der Kinder und Jugendlichen.

„Sarrazin irrt, wenn er Pankow Disziplinlosigkeit bei den Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung vorwirft.“ Nach dessen Auffassung könnten in unserem gutbürgerlichen Bezirk die Ausgaben halbiert werden.

Er verweist dabei auf Neukölln, das noch einen viel höheren Anteil an hilfebedürftigen Familien hat.

Hintergrund des Streits ist, dass die Position der Bezirke vom Finanzsenator ignoriert wird. Sie fordern seit langem eine realistische Haushaltszuweisung für 2010 und 2011 auf Basis der tatsächlichen Fallzahlen.

Tatsächlich heißt, dass im Jahr 2008 bei 60.000 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen 1.781 Hilfen zur Erziehung ausgereicht wurden.

„Das ist für Herrn Finanzsenator Sarrazin zu viel. Er macht den Hilfebedarf allein an der schwierigen sozialen Lage fest. Dabei sind Erziehungsunsicherheit, hochstrittige Familiensituationen, Kinder die ohne beide Eltern aufwachsen und psychische Erkrankungen der Eltern auch Probleme in gutbürgerlichen Bezirken“, kontert die Jugendstadträtin die Belehrungen von Sarrazin. Außerdem, so Keil, diffamiere Sarrazin die mühevollen Arbeit der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Der Leistungsanspruch auf eine Hilfe zur Erziehung gelte jedenfalls auch in Pankow. In jedem einzelnen Fall prüft das Jugendamt sorgfältig den Bedarf und die Geeignetheit der Hilfe.

Sandra Brunner



Christine Keil

Bildungsverein in Weißensee

Wer heute den Pistoriusplatz in Richtung Kreuzpfuhl überquert, hat es bestimmt schon gesehen: Am Haus Pistoriusstraße 24, gleich links neben dem Frei-Zeit-Haus steht in großen Buchstaben „Bildungsverein am Kreuzpfuhl e.V.“ – ein neuer Bildungsverein hat sich gegründet. Worum geht es den Mitgliedern dieses Vereins? Gernot Wolff, Gründungsmitglied gibt Auskunft.

Wir wollen einen Beitrag zu einem verbesserten Bildungsangebot vor allem in Weißensee leisten, wobei auch Bürger aus anderen Stadtbezirken willkommen sind. Wir planen, organisieren und unterstützen politische Vorträge, Foren, Veranstaltungsreihen, Diskussionsveranstaltungen, Filmvorführungen und Buchlesungen.

Einige Veranstaltungen haben bereits stattgefunden – so zum Internationalen Frauentag, eine Diskussion zur Position der LINKEN zu Europa sowie eine Buchlesung mit Günter Herlt und ein Kuba-Abend.

Die von uns angebotenen Foren und Diskussionen orientieren sich an

aktuellen politischen oder die Gegenwart berührenden historischen Ereignissen. Reiseberichte von Vereinsmitgliedern oder eingeladenen Gästen sollen zum Verstehen anderer Kulturen beitragen. Wir freuen uns, dass dabei unterschiedliche Generationen miteinander ins Gespräch kommen. Wir planen aber auch Veranstaltungen mit Themen, die besonders für junge Leute von Interesse sind.

Ziel all unserer Aktivitäten ist es, Kenntnisse und Wissen zu erweitern und der oft oberflächlichen Medienlandschaft umfassendere Einblicke in politische und gesellschaftliche Zusammenhänge, Lebensläufe und Lebensweisen entgegenzusetzen.

Im Jahr 2009 werden zwei Veranstaltungsreihen den Schwerpunkt unserer Aktivitäten bilden: In der Reihe „Zeitzeugen“ berichten ältere Bürgerinnen und Bürger anhand ihres Lebens und ihres Wirkens über 60 Jahre Entwicklung vor allem im Osten Deutschlands. Anlässlich der Europawahlen werden wir uns in einer zweiten Veranstaltungsreihe mit verschiedenen Aspekten der Europä-



Bildungsverein Pistoriusstraße 24

ischen Union und des Zusammenlebens in Europa beschäftigen. Eingeladen zu unseren Veranstaltungen sind jede und jeder, die für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft eintreten, frei und mündig denken und solidarisch handeln.

Wer Lust hat, kann gern jeweils mittwochs ab 20 Uhr bei unserem wöchentlichen Politstammtisch in den Vereinsräumen vorbeischauen, wo neben Vereinsmitgliedern oft auch Politikerinnen und Politiker aus unserem Bezirk zu Gast sind.

Unter www.bv-kreuzpfuhl.de finden sich alle aktuellen Informationen zum Verein, zu unseren Veranstaltungen und wie man den Verein unterstützen und fördern kann.

Das Letzte

LINKS ?



Wir trafen uns im Cafe'. Wir, das sind mein kleiner Bruder Andi und ich. Andi ist ein besonderer Zeitgenosse. Mitglied einer Partei ist er nicht, aber politisch sehr belesen und im Streitgespräch offen und hart. Er ist gegen alles und alle.

Meine Bezeichnung für ihn, „Anti“, hat er wohlwollend angenommen. Schon nach der Begrüßung ging es gleich los. Du bist doch bei den Linken, wie versteht ihr es denn links zu sein?

Ich erläuterte, dass links erst mal immer eine zusätzliche Erklärung zum Standpunkt des Betrachters braucht. Links in Fahrtrichtung, links an der Seite der Frau (zumindest in Deutschland), in Parlamenten sitzen die Linken immer links vom Präsidium. Und die Linken sind diejenigen, die in der Debatte von beinahe jedem nachfolgenden Redner verbale Maulschellen bekommen.

Ich habe die Bundestagsdebatte am 6. März zur Enteignung von Ban-

ken (Eigentumsfrage) auch verfolgt. Nur, es waren keine Maulschellen, sondern schon Tritte in den Unterleib, sein Zwischenruf. Aber was seid ihr nun eigentlich für eine Partei?

Für eine Denkpause bestellten wir Kaffee, Kuchen und Weinbrand. Dafür kam mir das Schnecken-tempo der Bedienung gerade recht. Verstehst du, wir sind für Freiheit, Gleichheit, Solidarität und bewusste Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse. Wir kämpfen für soziale Gerechtigkeit, für Pluralismus... Er unterbrach: Jeder kann machen, was er will? Warum wurden dann Sylvia-Yvonne Kaufmann und André Brie nicht wieder für das Europaparlament nominiert? Na ja, sie haben den Pluralismus zu weit ausgelegt und in Berlin anders diskutiert als in Brüssel entschieden. Also doch wieder „eine Partei = eine Meinung“? Wofür seid ihr denn nun wirklich? Zu Sozialismuszeiten wurden wir auf eine

ferne Zukunft vertröstet, aber wir wussten, wohin es gehen soll. Wir bestellten einen neuen Weinbrand, Zeit zum Überlegen. Weißt du, diese Vergleiche mit der Vergangenheit bringen doch nichts, es sind Argumente um den Gegner zu erschlagen, nicht um zu überzeugen. Das überlassen wir doch lieber den Konservativen in Deutschland, die haben doch nichts anderes als primitiven Antikommunismus. Das Stichwort wurde sofort aufgegriffen. Ihr wollt also den Sozialismus zurück?

Lass uns ein wenig Zeit. Die Partei existiert doch erst wenige Monate und die Einheit herzustellen, ist schwierig. Also, so wirklich sind die Zukunftsabsichten nicht zu erkennen, meinte er. Ich wurde nachdenklich und bestellte, irgendwie ernüchtert, Wasser.

Aber eine Antwort habe ich noch für Andi: Links ist da, wo das Herz schlägt.

Klaus

WANNWOWASWANNWOWASWANN

- | | | |
|--|---|--|
| 01. Mai 14 - 19 Uhr
1. Mai-Fest an der Böttzow-Eiche, Straße am Friedrichshain beim Kino am Friedrichshain | 18. Mai 18 Uhr
Basistag DIE LINKE Pankow in der Bezirksgeschäftsstelle, Kopenhagener Str. 76, Nähe S + U-Bahnhof Schönhauser Allee | 12. - 14 Juni
Fest der LINKEN in der Kulturbrauerei, U Eberswalder Straße |
| 04. Mai 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109 | 19. Mai 18 Uhr
AG Gesundheit, Arbeit und Soziales im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109 | 17. Juni 17:30 Uhr
25. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, BVV-Saal, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7 |
| 06. Mai 17 - 18 Uhr
Bürgersprechstunde von Stefan Liebich in den Räumen von DIE LINKE. Pankow, Kopenhagener Straße 76, S + U Schönhauser Allee | 02. Juni 17:30 Uhr
AG Verkehr und Umwelt im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109 | 20. - 21. Juni 10 Uhr
Bundesparteitag der LINKEN in der Max-Schmeling-Halle am Falkplatz |
| 19:30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle, Kopenhagener Str. 76, Nähe S + U-Bahnhof Schönhauser Allee | 03. Juni 16 Uhr
Senioren-BVV, Außerordentliche Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow zu seniorenpolitischen Fragen und Themen im BVV-Saal, Haus 7, Bezirksamt Fröbelstraße 17 | 27. Juni 10 Uhr
Hauptversammlung DIE LINKE Pankow |
| 11. Mai 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109 | 06. Juni 13 - 18 Uhr
„Fete bei Käthe“, Kinderfest der LINKEN Pankow am Kollwitzplatz | 29. Juni 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109 |
| 13. Mai 17:30 Uhr
24. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, BVV-Saal, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7 | 08. Juni 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109 | 30. Juni 17:30 Uhr
AG Verkehr und Umwelt im Fraktionszimmer, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109 |
| | | 02. Juli 18 Uhr
AG Gesundheit, Arbeit und Soziales im Fraktionszimmer, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109 |

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Carsten Schatz

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 08. April 2009
Druck: double express Auflage: 8.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 12. Juni 2009

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.

Titelfoto: „Demo wir Zahlen nicht für Eure Krise“, Andreas Bossmann